

Kleine Anfrage 155

des Abgeordneten Christoph Schulze
fraktionslos

an die Landesregierung

Umsetzung des Schallschutzprogramms des Flughafens BER durch die FBB

Die Problematik der Umsetzung des Schallschutzprogramms, das nunmehr seit mehr als 7 Jahren läuft und immer wieder abgeändert werden musste, wurde vielfach im Landtag Brandenburg, im Plenum, in den Fachausschüssen und insbesondere im Sonderausschuss BER erörtert und besprochen. Die Flughafengesellschaft veröffentlicht monatlich den Bericht zum Stand der Umsetzung des Schallschutzprogramms. Seit vielen Jahren wurden den Bürgern sogenannte Kostenerstattungsvereinbarungen (KEV) zugesandt, in denen der Flughafen auflistete, was aus Sicht des Flughafens und der von ihm beauftragten Ingenieure notwendig sei, um den Bürgerinnen und Bürgern einen angemessenen Schallschutz angeeignet zu lassen und was dies in Kosten ausgedrückt bedeutet, die der Flughafen sich bereit erklärt, zu bezahlen.

Diese Kostenerstattungsvereinbarungen wurden vom Flughafen ausgefertigt, den Bürgern zugeschickt. Die Bürgerinnen und Bürger wurden aufgefordert, diese zu unterschreiben und zurückzuschicken. Nur mit der entsprechenden Unterschrift entstand quasi ein zweiseitiger Vertrag. Noch im Bericht der Umsetzung des Schallschutzprogramms vom Juli 2013 ist von Kostenerstattungsvereinbarung die Rede (siehe Schreiben der Flughafengesellschaft vom 14.08.2013 an das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg). In den späteren Berichten zum Stand der Umsetzung des Schallschutzprogramms ist dann plötzlich von Anspruchsberechtigungen (ASE) die Rede. Weder der Landtag Brandenburg, noch der Fachausschuss wurde über den Wechsel von Kostenerstattungsvereinbarung zu ASE informiert. Das Verfahren läuft jetzt auch anders. Die Flughafengesellschaft, und die durch sie beauftragten Ingenieure ermitteln, wie auch seinerzeit bei den Kostenerstattungsvereinbarungen, nach ihren eigenen Richtlinien und Grundsätzen den augenblicklichen Bedarf an Schallschutz und die dafür aus ihrer Sicht notwendigen Mittel und Maßnahmen zur Umsetzung des Schallschutzprogramms zur Erreichung der Schallschutzziele nach Planfeststellungsbeschluss und Gerichtsurteilen. Sie werden dann in einer sogenannten Anspruchsberechtigung, basierend auf einer schallschutztechnischen Objektbeurteilung (STOB) und gepaart mit einem Leistungsverzeichnis (LV) den Bürgerinnen und Bürgern zugesandt. Anders als bei den Kostenerstattungsvereinbarungen ist bei dieser Art des Vorgehens keine Zustimmung des Bürgers mehr vorgesehen, sondern die Flughafengesellschaft teilt den Bürgern einseitig mit, was sie zu leisten bereit ist, unabhängig davon, ob die Bürgerinnen und Bürger das verstehen, akzeptieren und auch so wollen. Das ist ein Systemwechsel im Vorgehen. Aus diesem Grund stellen sich einige Fragen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Weshalb und von wem wurde das ASE-Verfahren entwickelt? Auf wen geht es zurück?
2. Wer hat diesen Wechsel von den Kostenerstattungsverfahren (KEV) zu den Anspruchsberechtigungen initiiert, organisiert und beschlossen und wer war beteiligt?
3. Bis wann wurden durch die Flughafengesellschaft Kostenerstattungsvereinbarungen verschickt?
4. Ab wann wurden durch die Flughafengesellschaft die neuen Anspruchsberechtigungen für den Fall „ASE-B“, d.h. Baumaßnahmen oder für den Fall „ASE-E“ Entschädigung verschickt?
5. Warum wurde für den Systemwechsel von KEV zur ASE das Zeitfenster des Sommerlochs 2014 gewählt?
6. Wie war die Landesregierung oder das MIL oder das LUBB in diese Fragen eingebunden?
7. Hat die Flughafengesellschaft diese veränderte Vorgehensweise mit der Landesregierung und den Aufsichtsbehörden besprochen? Wenn ja, wann und in welcher Art und Weise?
8. Hat sich die Flughafengesellschaft diesen Wechsel genehmigen lassen? Wenn ja, wann und durch wen?
9. Warum wurde dieser System- und Verfahrenswechsel vollzogen?
10. Welche Vorteile bringt er für wen?
11. Wann und wie wurden die Abgeordneten des Landtags Brandenburg der 5. Wahlperiode und insbesondere die Mitglieder des Sonderausschusses BBR in der 5. Wahlperiode über diesen Systemwechsel und diese Vorgehensweise informiert?
12. Wurde dieser Verfahrenswechsel von KEV zu ASE im Aufsichtsrat der FBB besprochen? Wenn ja, wann?
13. Wurde die Fluglärmkommission des Landes Brandenburg zum Flughafen in diese Frage des Themenwechsels von KEV zu ASE einbezogen? Wenn ja, wann und durch wen und wie?
14. Warum wurde die Öffentlichkeit von diesem Verfahrenswechsel von KEV zu ASE nicht informiert?
15. Wo ist im Planfeststellungsbeschluss zum Flughafen BER bzw. im Planergänzungsbeschluss festgelegt, dass die Realisierung des passiven Schallschutzes d.h. die Erfüllung der Rechtspflicht des Flughafens gegenüber den Bürgern Schallschutz zu erbringen gleichzusetzen ist mit der Versendung von ASE an die Anspruchsberechtigten, so wie es heute vom Vorstand der Flughafengesellschaft behauptet und letztendlich auch getan wird?